



Paris, 2003



Berlin, 2003

Europa braucht eine andere Verfassung.

„Diese Verfassung ist brandgefährlich“, sagt der Gründer und langjährige Vorsitzende des Europäischen Gewerkschaftsbundes Georges Debunne. „Sie darf nicht hingenommen werden, solange es bei sozialen Fragen und Steuern ein Vetorecht der Einzelstaaten gibt. Denn bei 25 Staaten wird es immer einen geben, der eine antisoziale Politik treibt. Die sozialen Rechte müssen in der Charta der Grundrechte ausdrücklich garantiert werden. Es bedarf eines Rechtsmittels, um europäische Tarifverhandlungen zuzulassen.“ Mit der Verfassung tritt die EU der Europäischen Menschenrechtserklärung bei – warum nicht auch der Europäischen Sozialcharta von 1961?!

Wir wollen...

- den Ausbau sozialer Rechte mit Orientierung am besten Standard in der EU;
- keine Militarisierung der EU und Verbot des Angriffskriegs;
- offene Grenzen innerhalb der EU als unverbrüchliches Bürgerrecht;
- volle Gesetzgebungskompetenz für das EU-Parlament.

Da eine Verfassung für alle Bürgerinnen und Bürger verbindlich ist, muss sie nach demokratischer Debatte angenommen werden: **JA zu einem Volksentscheid über die EU-Verfassung!**



euro-marsch

www.euromarches.org

Kontakt: de@euromarches.org

Baden-Württemberg Andreas Ullrich, c/o Arbeitslosentreff Fon: 0621 / 14793

Bayern Hans-Peter Gase 089 / 1575861 hans-peter.gase@t-online.de

Berlin Norbert Cultus Fon/Fax: 030 / 6932697 cultus-norbert@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern Christian Köpcke Fon: 038461 / 2190 chrkoepcke@aol.com

Niedersachsen West Willi Lüpkes Fon/Fax: 0441 / 76097 willi.luepkes@also-zentrum.de

Niedersachsen Ost Paul Stern Fon/Fax: 05141 / 909182 psternbiel@aol.com

Nordrhein-Westfalen Münsterland Ralf Berger Fon: 02871 / 2374265 ralf.berger@t-email.de

Nordrhein-Westfalen Köln/Rheinland Theodor Mandler Fon: 0221 / 8305530 TMandler@t-online.de

Nordrhein-Westfalen Ruhrgebiet Joachim Glund Fon: 0203 / 330620

Sachsen Bernd Reißmann Fon: 0351 / 8806601 reissmann.klotzsche@t-online.de

Thüringen ALI Thüringen Fon: 0361 / 6442350 ali.thuer@t-online.de

••••• Spenden Soziales Europa e.V. Postbank Dortmund BLZ 44010046 KTO 297539464 Stichwort „EuroMarsch“ •••••

3

**Für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe!
Gegen Arbeitszwang, Billigjobs und Abschiebung!**

Eine andere Verfassung für Europa



euro-marsch gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung



Die EU-Verfassung ist eine Mogelpackung.

Eine Verfassung soll Ausdruck des demokratischen Willens der Bevölkerung sein. Im Gegensatz dazu ist die sogenannte EU-Verfassung nur ein Sammelsurium bisheriger Verträge, denen ein Katalog von Werten, Zielen und eine Charta der Grundrechte vorangestellt wird. Die EU bleibt ein undurchsichtiger, undemokratischer Moloch, der mit der vorgelegten Verfassung den neoliberalen marktradikalen Kurs ein für alle Mal festschreiben will. Deshalb...

NEIN zur Konkurrenzgesellschaft!

Das oberste Ziel ist der „Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb“ (Art. I-3; **Verfassungsentwurf**) und seinen vier Grundfreiheiten: „der freie Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr“ (I-4). Die Mitgliedstaaten werden auf die „Einführung einer Wirtschaftspolitik“ festgelegt, „die auf dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (III-69) beruht.

Damit wird die öffentliche Daseinsvorsorge der Privatisierung und Profitlogik unterworfen. Einzel-staatliche Kapitalverkehrskontrollen sind untersagt. Der freie Personenverkehr meint nur den der Menschen als Arbeitskraft. Die individuelle Freizügigkeit kann durch die Aussetzung des Schengener Abkommens jederzeit verhindert werden (z.B. anlässlich von Sportveranstaltungen und Demonstrationen).

NEIN zu Lohn- und Sozialdumping!

In der Charta der Grundrechte sind soziale Rechte nur zu allgemein formuliert („Recht auf gesunde, sichere und würdige Arbeitsbedingungen“; II-31), oder als unverbindliche Zugangsrechte („Recht auf Zugang zu einem unentgeltlichen Arbeitsvermittlungsdienst“; II-29), oder sie verweisen auf nationales Recht.

Ein europäisches Streikrecht, ein europäisches Recht auf Arbeit, Wohnung, Mindesteinkommen, Kündigungsschutz und Mitbestimmung gibt es nicht. Die unternehmerische Freiheit hingegen wird ausdrück-

lich anerkannt (II-16). Im Bereich der sozialen Sicherheit, der Arbeitnehmerrechte und direkten Steuern sollen sich die Mitgliedsländer auf das niedrigst mögliche Niveau konkurrieren. Die EU ist für die sozialen Konsequenzen ihrer Wirtschaftspolitik nicht zuständig!

NEIN zur Aufrüstung!

Aufrüstung und Kampfeinsätze werden Verfassungsauftrag: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet...“ (I-40). Der Euratom-Vertrag wird übernommen. Das Europaparlament wird bei allen außenpolitischen und militärischen Entscheidungen ohne jegliche Einflussmöglichkeit bestenfalls gehört. Die Schaffung einer EU-Armee geht einher mit der Umstellung von der Wehrpflicht auf die Berufsarmee und mit einem Rüstungswettlauf mit den USA.

NEIN zur Festung Europa!

Europäische Asylgesetze müssen in Einklang mit dem Genfer Flüchtlingsabkommen stehen, aber die Einzelstaaten können die Asylbedingungen selber bestimmen (III-167). Tatsächlich umgibt die Union ihre Außengrenzen mit einem Wall aus Nato-Draht und Schussanlagen und forciert eine rigide Abschiebepaxis.

